Der Bezirksverband Pfalz –

ein zukunftsfähiges Modell für interkommunale Zusammenarbeit -

geprägt durch Vielfalt und Nachhaltigkeit

Koalitionsvereinbarung

zwischen

der Christlich Demokratischen Union (CDU) – Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz,

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) – Regionalverband Pfalz und

der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) Landesverband

Rheinland-Pfalz

- **im folgenden Koalitionspartner -**

Auf der Grundlage des Wahlergebnisses zum Bezirkstag der Pfalz vom 26. Mai 2019 bilden die Christlich Demokratische Union (CDU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) in der 17. Wahlperiode des Bezirkstages Pfalz eine Koalition.

Dazu schließen sie folgende Vereinbarung:

Präambel:

Die Koalitionspartner CDU, SPD und GRÜNE bekennen sich zum Bezirksverband Pfalz, seinen Einrichtungen und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie wollen aufbauend auf einer über 200-jährigen Geschichte und ausgehend von der langen Tradition des Be-

zirksverbandes die Arbeit des Verbandes und seiner Einrichtungen zukunftsfähig gestalten und so den Herausforderungen unter sich verändernden Rahmenbedingungen begegnen. Sie werden hierzu partnerschaftlich und vertrauensvoll aufgabenorientiert zusammenarbeiten. Die Koalitionspartner werden für die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit sowie den Stellenwert dieses höheren Kommunalverbandes in der Pfalz und seiner Einrichtungen auf allen Ebenen eintreten und allen Bestrebungen entgegentreten, die den Bezirksverband Pfalz in Frage stellen. Dabei setzen sie auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Land Rheinland-Pfalz und allen Kommunen in der Pfalz.

Getragen von den acht kreisfreien Städten und den acht Landkreisen in der Pfalz nimmt der Bezirksverband Pfalz in der Funktion eines höheren Kommunalverbandes und damit in interkommunaler Kooperation vielfältige Aufgaben für die über 1,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Pfalz wahr.

Mit seinem breiten Aufgabenspektrum prägt der Bezirksverband Pfalz in hohem Maße Attraktivität und Lebensqualität der Pfalz. Durch die gemeinsame Wahrnehmung wichtiger Aufgaben für die Region und die hier lebenden Menschen ist der Bezirksverband Pfalz ein Musterbeispiel für eine gute, sachorientierte und erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit.

Das kulturelle Leben in der Pfalz wäre ohne das Pfalztheater, die Pfalzgalerie, das Hambacher Schloss, das Historama am Kloster Hornbach oder das Historische Museum der Pfalz ärmer. Wichtige Bildungseinrichtungen wie die Meisterschule für Handwerker, das Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation, das Dynamikum, das Deutsche Schuhmuseum, die Pfalzbibliothek, das Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde, die Pfalzakademie oder das Pfalzmuseum für Naturkunde in Bad Dürkheim sind unverzichtbare, schulische und außerschulische Lernorte der Bildungslandschaft in der Pfalz. Das Landgestüt Zweibrücken und das Deutsche Straßenmuseum prägen auf ihre ganz eigene Weise die Region. Das Pfalzklinikum für Psychiatrie und Neurologie ist das große Kompetenzzentrum für seelische Gesundheit. Die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) und die Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung am Hofgut Neumühle sind wichtige Bausteine einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und eines kompetenten Verbraucherschutzes. Die Pfalzwerke stehen seit über hundert Jahren für eine

sichere Energieversorgung. Das Biosphärenreservat Pfälzerwald ist ein Naturschatz und einer der wichtigsten identitätsstiftenden Faktoren unserer Heimat.

Die Einbindung des Bezirksverbandes als Regionalverband in überregionalen Initiativen wie der Metropolregion Rhein-Neckar, der Zukunftsinitiative Westpfalz, das Weltnetz der Biosphärenreservate oder der Bundesarbeitsgemeinschaft der Höheren Kommunalverbände in Deutschland verbindet die Aufgabenwahrnehmung in der Pfalz mit Verbänden gleichartiger Aufgabenstellung ist wichtiges Zeichen einer umfassenden Vernetzung und bietet die Möglichkeit eines umfassenden Erfahrungsaustauschs. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen in Frankreich und im Saarland bietet Chancen, die wir konsequent weiterentwickeln wollen.

Wir stehen für einen inklusiven Bezirksverband in allen Bereichen und wollen im Sinne einer umfassenden Teilhabe noch existierende Barrieren jeglicher Art abbauen und bei Neu- sowie Umbauten in unseren Einrichtungen ein besonderes Augenmerk auf die Barrierefreiheit legen.

Besondere Schwerpunkte:

Die Koalitionspartner orientieren sich bei ihrer inhaltlichen Arbeit in der nächsten Wahlperiode u.a. an folgenden wesentlichen Leitzielen, die sie für die Gestaltung der Zukunftsfähigkeit des Bezirksverbandes Pfalz und seiner Einrichtungen für notwendig halten:

1.) Finanzielle Solidität:

Für die dauerhafte Sicherung und Weiterentwicklung und damit für die Zukunftsfähigkeit des Bezirksverbandes Pfalz und seiner Einrichtungen ist auch und gerade bei sich verändernden äußeren Rahmenbedingungen eine stabile und sichere Finanzgrundlage eine entscheidende Voraussetzung. Dies erfordert entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vorrangig die Erreichung eines vollständigen Haushaltsausgleichs im Verband und in allen seinen Einrichtungen. Bei der Aufstellung der jährlichen Haushalte hat dieses Ziel höchste Priorität.

Die tatsächlich zahlungswirksamen Aufwendungen müssen sich deshalb auch in Zukunft konsequent an den voraussichtlich tatsächlich zur Verfügung stehenden Erträgen orientieren. Anzustreben ist dies mittels einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltspolitik incl. haushaltskonsolidierender Maßnahmen. Die Aufnahme von Krediten soll der Finanzierung vermögenserhaltender bzw. vermögensmehrender Investitionen vorbehalten bleiben.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass dies bei Sach- und Personalausgaben Begrenzungen und zudem in allen Einrichtungen effiziente Organisationsstrukturen und eine umfassende dauerhafte Aufgabenkritik inklusive einer regelmäßigen Überprüfung der Arbeitsabläufe erfordert. Der Bezirksverband wird in allen bestehenden Beteiligungseinrichtungen seine Steuerungs- und Kontrollfunktionen dahingehend wahrnehmen, dass die jährlichen Haushalts- und Wirtschaftspläne entsprechend dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts gestaltet werden.

Die Koalitionspartner werden die hierzu erforderlichen Überlegungen vorrangig gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen und ihren gewählten Vertretungen angehen, denn diese wissen erfahrungsgemäß am besten, welches Verbesserungspotential zur Verfügung steht. Der hierzu bereits eingeleitete Prozess der sog. Denkwerkstatt, in der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen sowie die Führungskräfte der Einrichtungen aufgerufen sind, die übertragenen Aufgaben, die Arbeitsabläufe und die für eine gute Entwicklung notwendigen Maßnahmen zu hinterfragen und in einer zukunftsfähigen Konzeption zusammenzufassen, wird nach und nach in allen Einrichtungen intensiviert eingeleitet bzw. fortgesetzt. Interessierte Mitglieder des Bezirkstags und seiner Ausschüsse werden in diese Denkwerkstatt eingebunden.

Der Einsatz externer Berater ist denkbar, wenn sich im Zuge des Prozesses der Denkwerkstatt bei konkreten Problemstellungen zeigen sollte, dass interne Wege alleine nicht ausreichend erscheinen, um die notwendigen Ressourcen für effizientere Organisationsstrukturen und eine bessere Wirtschaftlichkeit mit dem Ziel eines Haushaltsausgleichs aufzuzeigen und zu erschließen.

Die Einrichtungen des Bezirksverbandes brauchen eine ihren Aufgaben entsprechende Personalausstattung. Durch ein mittelfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, auch in Zukunft im erforderlichen Umfange Fachkräfte zu gewinnen. Ferner sollen aufbauend auf den Ergebnissen der Denkwerkstatt dadurch Möglichkeiten einer Effizienzsteigerung durch bessere Organisationsstrukturen aufgezeigt und umgesetzt werden. Auch Kooperationen mit Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen im gleichen Aufgabenspektrum außerhalb des Bezirksverbandes sind geeignete Maßnahmen für eine effizientere Aufgabenwahrnehmung.

Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Die bereits in der Vergangenheit eingeführten befristeten Stellenbesetzungssperren bleiben aufrechterhalten. Die Wiederbesetzung freiwerdender Stellen ist allerdings weiterhin in jedem Einzelfall zu begründen.

Die Erhöhung des seit über 25 Jahren unveränderten Umlagesatzes der Bezirksverbandsumlage sollte mit Blick auf die Haushalte der Mitgliedskommunen auch in den kommenden Jahren vermieden werden. Sie ist allenfalls dann nicht ausgeschlossen, wenn alle anderen Möglichkeiten einschl. einer weiterhin konsequenten Sparpolitik den durch die Aufsichtsbehörde eingeforderten und gesetzlich vorgesehen Haushaltsausgleich nicht erreichen können.

Bei Aufgaben, die der Bezirksverband Pfalz im Auftrag des Landes wahrnimmt (Einrichtungen nach § 15 BezO), streben die Koalitionspartner an, eine aufgabenadäquate auskömmliche Finanzausstattung durch das Land sicherzustellen und werden sich hierfür einsetzen.

2.) Biosphärenreservat Pfälzerwald:

Das Biosphärenreservat Pfälzerwald ist ein Naturschatz von identitätsstiftender Bedeutung für die Region und für die Menschen. Der Pfälzerwald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet in Deutschland und bildet mit den angrenzenden Nordvogesen einen einzigartigen grenzüberschreitenden Naturraum. Die Koalitionspartner bekennen sich zum Biosphärenreservat. Sie werden alles Notwendige

unternehmen, den Status eines Biosphärenreservats zu erhalten und die hierfür notwendigen Schritte umzusetzen.

Die Anerkennung als grenzüberschreitendes Biosphärenreservat hat auch den Bereich des Pfälzerwaldes zusätzlich aufgewertet. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erlaubt es, die Pfalz und die angrenzenden französischen Regionen Elsass und Lothringen als Modellregion für eine gute Zusammenarbeit in der Mitte Europas zu entwickeln. Hierzu wollen wir zusammen mit unseren französischen Freunden auf bewährten Initiativen aufbauen, neue Ideen suchen und diese gemeinsam umsetzen.

Die bereits eingeleiteten europäisch bzw. national geförderten Projekte wie Life-Biocorridor, Chance Natur – neue Hirtenwege im Pfälzerwald, Sternenpark, SDG-Modellregion etc. werden fortgesetzt, Folgeprojekte vergleichbarer Art initiiert.
Das neue Handlungsprogramm für die Dekade bis 2029 wird entsprechend der bereits durch den Bezirkstag Pfalz getroffenen Beschlüsse entwickelt und umgesetzt.

Schwerpunkt der Arbeit im Biosphärenreservat ist der Aufgabenbereich Bildung für nachhaltige Entwicklung. Den hier eingeschlagenen Weg auf der Grundlage einer engen Zusammenarbeit mit allen Bildungsträgern setzen wir konsequent und verstärkt fort. Wir bekennen uns zu dem Ziel, die bisherige Pfalzakademie Lambrecht in die Biosphärenakademie Pfalz umzuwandeln und hierfür – auch unter energetischen Gesichtspunkten - baulich zu ertüchtigen. Wir wollen dieses Bildungs- und Informationszentrum mitten im Pfälzerwald auf der Grundlage des durch den Bezirkstag Pfalz beschlossenen Leitkonzepts durch ein neu entwickeltes breites Bildungsangebot für unterschiedliche Zielgruppen bekannt machen. Wir bekennen uns zu den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung. Diese sollen auch in der Bewirtschaftung des Gebäudes der Biosphärenakademie und damit im Gast-, Tagungs- und Restaurantbereich sichtbar werden.

Das Konzept der Partnerbetriebe wird fortgesetzt und ausgeweitet. Wir streben an, vertriebliche Plattformen zu entwickeln, regionale Produktlinien dieser Partnerbetriebe unter dem Dach des Biosphären-

reservats zu vermarkten. Dabei denken wir u.a. an eine engere Vernetzung innerhalb des Bezirksverbandes und seiner Einrichtungen. So wollen wir u.a. den Hofladen auf dem Hofgut Neumühle und ähnliche Möglichkeiten für einen Vertrieb der Produkte unserer Partnerbetriebe des Biosphärenreservats nutzen, wenn diese dies wünschen.

Die Gestaltung all dieser Aufgaben ist auch in den kommenden fünf Jahren eine große Herausforderung. Sie eröffnet für die ganze Region unter allen in Betracht kommenden Gesichtspunkten wie Naturschutz, Erhalt der Artenvielfalt, waldbauliche Nutzung, Freizeit- und Sportnutzung, touristische Nutzung, Erhalt der Versorgungs- und Unterbringungseinrichtungen des Pfälzerwaldvereins und der Naturfreunde, dem Aufbau eines modernen und flächendeckenden Wegelenkungssystems und der Sicherstellung der Waldregionen als Lebensgrundlage und Wohnstätte vieler Menschen viele neue Chancen. Das angelaufene Förderprogramm zur Sanierung der Hütten und Häuser des Pfälzerwaldvereins und des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ werden wir fortsetzen und – wenn finanziell möglich – ausbauen. Wir verfolgen in diesem Zusammenhang auch das Ziel, modellhafte Konzepte für eine ökologische und energetische Modernisierung der Gebäude oder Teile davon zu entwickeln.

Der Klimawandel hat besorgniserregende Spuren in unseren Wäldern, auch im Pfälzerwald hinterlassen. Wir werden uns deshalb – auch zum Schutz des Waldes - für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Einhaltung der Klimaschutzziele einsetzen und hierfür entsprechende Förderprogramme des Bundes und des Landes in Anspruch nehmen.

Um die Chancen zu erschließen, die der Entwicklung einer Modellregion für nachhaltige Entwicklung innewohnt, ist ein umfassender Diskussionsprozess über alle in Frage kommenden Themenbereiche innerhalb des Bezirksverbandes und mit allen in Frage kommenden Partnern weiterhin notwendig. Dafür setzen wir uns ein.
Die Koalitionspartner bekennen sich ferner dazu, die Menschen in der Region auf diesem ambitionierten Weg durch Informationsveranstaltungen und Mitgestaltungsforen auch auf digitalen Plattformen mitzunehmen und in weitere Formate des Austausches einzubinden, wo

immer dies sinnvoll möglich ist. Einem Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit über die Arbeit im Biosphärenreservat und einem modern gestalteten Marketing kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Wir wenden uns als Sachwalter der Menschen in der Region weiterhin gegen den Ablass von Flugbenzin (Kerosin) über der Pfalz. Als Grundlage weiterer Bewertungen dieses Sachverhalts setzen wir uns auf allen Ebenen für umfassende, langfristig angelegte Untersuchungen ein. Bloße Berechnungen über die Auswirkungen des Ablasses von Kerosin sind alleine nicht akzeptabel. Ziel muss eine Regelung sein, die die Verantwortlichen (u.a. auch die Flugsicherung) dazu verpflichtet, bisher betroffene Gebiete zu entlasten. Ergebnisse solcher Untersuchungen und weiterer Studien sind den Menschen vor Ort in geeigneter Form zu kommunizieren. Bei der Bewertung des Sachverhalts müssen zudem gesundheitspolitische Erwägungen Vorrang vor ökonomischen Gesichtspunkten haben.

3.) Kulturelle Einrichtungen:

Die durch den Bezirksverband Pfalz getragenen Kultureinrichtungen sind für die Attraktivität und Lebensqualität der Pfalz von entscheidender Bedeutung. Sie bilden für die ganze Region u.a. ein eigenständiges Profil. Die dort erbrachten Leistungen sind herausragend. Die dadurch eröffneten Chancen gilt es im Wettbewerb der Regionen auch in touristischer Hinsicht noch deutlicher als bisher herauszustellen und auszubauen. Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit der Einrichtungen miteinander sollen vertieft werden.

Das Pfalztheater in Kaiserslautern ist für Stadt und Region eine anerkannte Kultur- und Bildungseinrichtung. Wir unterstützen das breite Angebot dieses Drei-Sparten-Hauses an unterschiedliche Zielgruppen. Sowohl die Spielstätten in der Stadt Kaiserslautern als auch zahlreiche Standorte sog. Abstecher sind Teil des öffentlichen Auftrags an das Theater.

Für eine sichere und zuverlässige Arbeitsgrundlage des Pfalztheaters Kaiserslautern werden sich die Koalitionspartner auf allen Ebenen auch über das Jahr 2021 hinaus für weitere Drei-Jahres-Budgets auf der Grundlage der bisherigen Absprachen einsetzen, die die notwen-

dige auskömmliche Finanzausstattung des Pfalztheaters gemeinsam mit der Stadt Kaiserslautern und dem Land Rheinland-Pfalz sicherstellen. Die Ergebnisse der laufenden externen Überprüfung der Organisationsstrukturen und der Wirtschaftlichkeit des Pfalztheaters werden umfassend ausgewertet und in Abstimmung zwischen dem Theatermanagement, den Zuwendungsgebern und dem Träger umgesetzt, wenn dies Verbesserungen gegenüber dem status quo verspricht. Dazu gehört es auch, Veränderungen in der demographischen Struktur und in der Erwartungshaltung unseres Publikums ebenso zu beachten wie sich verändernde Erwartungen der Kulturträger unserer Abstecherstandorte.

Die Kultureinrichtungen des Bezirksverbandes sind in besonderem Maße auch Partner der Kommunen. Deren Angebote und Leistungen können deshalb nicht nur am jeweiligen Standort sondern bei Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen auch vor Ort in den Kommunen selbst nutzbar gemacht werden. Dies dient zugleich einer besseren Wahrnehmung der Arbeit des Bezirksverbandes in der Bevölkerung. Die Koalitionspartner streben an, gemeinsam mit den Einrichtungen in diesem Sinne geeignete Angebote (Pfalzkonzert des Pfalztheaterorchesters, Wanderausstellungen der Pfalzgalerie oder der Pfalzbibliothek, themenorientierte Vortragsreihen und Veröffentlichungen des Instituts für pfälzische Geschichte und Volkskunde, etc.) zu entwickeln und interessierten Kommunen für ihre Kulturarbeit vor Ort anzubieten.

Der neu geschaffene Aufgabenbereich einer Kulturkoordination bildet hierfür die Grundlage. Ziel ist die Entwicklung neuer Konzepte für eine verbesserte horizontale Zusammenarbeit der Einrichtungen des Bezirksverbandes selbst und für eine bessere Vernetzung zwischen den Einrichtungen des Bezirksverbandes und den Kommunen in der Region.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu einer Förderung freier kultureller Initiativen in der Region und streben – wo möglich und sinnvoll – über den Aufgabenbereich der Kulturkoordination eine engere Vernetzung mit dem Bezirksverband, seinen Einrichtungen und den Trägern der Bildungsarbeit (z.B. Schulen) an.

4.) Bildungseinrichtungen:

Die Meisterschule für Handwerker und das Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation sind herausragende Bildungseinrichtungen, die weit über die Region hinaus Strahlkraft entfalten. Die Ausbildungsangebote beider Einrichtungen gilt es an sich veränderte Rahmenbedingungen anzupassen und zukunftsfähig aufzustellen.

Die in der Meisterschule vorgehaltenen Ausbildungsgänge müssen sich am Bedarf junger Menschen orientieren. Möglichkeiten einer sinnvollen Kooperation mit der Handwerkskammer oder anderen Bildungsträgern gilt es zu nutzen und auszubauen.

Das Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation ist die fachkompetente Bildungseinrichtung für junge Menschen mit Hör- und Sprachbeeinträchtigungen. Die Koalitionspartner streben an, die Angebote eines gemeinsamen Lernens hörbehinderter und hörender junger Menschen am Standort zu erhalten und im Sinne des in der UN-Behindertenrechtskonvention von 2009 verbrieften Rechtes auf Bildung für Alle auszubauen. Hierzu gehört u.a., das bewährte Modell einer inversen Inklusion (Aufnahme nicht hörbeeinträchtigter Jugendlicher auf eine Förderschule) an der Allgemeinbildenden Schule (ABS) auf die Berufsbildende Schule (BBS) zu übertragen. Wir unterstützen bei Bedarf ferner den Ausbau der integrativen Kindertagesstätte am PIH.

Die Organisations- und Führungsstruktur dieser großen Einrichtung gilt es mit geeigneten Mitteln zu überprüfen und veränderten Anforderungen anzupassen.

Wir sehen das Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation zudem als den kompetenten Partner für andere Bildungseinrichtungen in der Pfalz auf dem Weg der Entwicklung und Ausgestaltung weiterer inklusiver Angebote vor Ort, wenn Eltern in Wahrnehmung des gesetzlich garantierten Elternwillens diese Angebote für ihre Kinder wünschen.

5.) Pfalzklinikum:

Das Pfalzklinikum für Psychiatrie und Neurologie ist der Dienstleister in der Pfalz für seelische Gesundheit. Die Koalitionspartner wollen die psychiatrischen Angebote weiterentwickeln. Einer der Schwerpunkte sollte dabei auf neuen Angeboten zur Stärkung der Prävention liegen. Die Dezentralisierung in der Gemeindepsychiatrie gilt es weiter voranzubringen. Dies schließt eine bessere Versorgung in den Gemeinden vor Ort für das breite Themenfeld der Erkrankungen in einer älter werdenden Gesellschaft ein. Das Pfalzklinikum sollte sich ferner in den schwierigen Diskussionsprozess um die Entwicklung alternativer Angebots- und Finanzierungsformen insbesondere in den Bereichen integrierter Versorgungsangebote umfassend einbringen.

Das Zukunftskonzept des Klinikums werden wir konsequent voranbringen und unterstützen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt in den nächsten Jahren in der Erneuerung und Weiterentwicklung des Standortes in Rockenhausen. Viel zu lange schon dauern die Überlegungen und Prüfungen unterschiedlicher Konzepte, die teilweise unerträglichen Zustände für die Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen zu verbessern. Wir werden uns auf allen Ebenen zeitnah dafür einsetzen, die überfälligen Entscheidungen auf den Weg zu bringen und umzusetzen.

Die Koalitionspartner bekennen sich ausdrücklich zum Pfalzklinikum als attraktivem Arbeitgeber für die ganze Region. Dies gilt es auch im präventiven Bereich und in der Nachsorge weiter auszubauen. Hierfür erforderliche Kooperationen werden ausdrücklich unterstützt.

6.) Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) ist ein wichtiger Baustein einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und eines kompetenten Verbraucherschutzes. Diese Einrichtung steht unter sich wandelnden äußeren Rahmenbedingungen im Wettbewerb mit anderen Anbietern. Aus diesem Grunde müssen die Arbeits- und Organisationsstrukturen auf ihre zukunftsfähige Wettbewerbsfähigkeit hin überprüft werden. Die Einrichtung verfügt mit ihren Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern über eine große Kompetenz in dem ihnen übertragenen Aufgabengebiet. Dies gilt es im Wettbewerb mit anderen Anbietern vergleichbarer Leistungen deutlicher als bisher herauszustellen. Kooperationen mit Landeseinrichtungen sind dort sinnvoll und anzustreben, wo sie geeignet sind die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Eine Eingliederung der LUFA in Landeseinrichtungen oder eine Aufgabe des Standortes Speyer lehnen wir ab.
Die wirtschaftliche Lage der LUFA in Speyer muss stabilisiert werden. Ein kontinuierlicher Aufwuchs jährlicher Defizite ist nicht hinnehmbar. Der weitere Verbrauch von Eigenkapital ist zu vermeiden. Die Kosten- und Leistungsstrukturen dieser im Wesentlichen als Dienstleister im Auftrag des Landes tätigen Einrichtung sind unter Berücksichtigung der nach § 15 BezO auf diese Einrichtung entfallenden Landeszuwendungen mit dem Ziel ausgeglichener Produkt- und Wirtschaftspläne zu gestalten. Versprechen eigene Anstrengungen und Überlegungen nicht einen mittelfristigen Erfolg in diesem Sinne, halten wir auch eine externe Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für denkbar.
Die Wahrnehmung von Aufgaben für private Auftraggeber ist möglich, wenn diese wirtschaftlich auskömmlich ohne Verbrauch anteiliger Landeszuweisungen oder Quersubventionen aus dem Haushalt des Bezirksverbandes finanziert werden.

Bei der Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung Hofgut Neumühle ist eine Entscheidung über die Zukunft des Ausbildungsbereichs „Schweinehaltung“ dringlich. Wir erneuern ausdrücklich unser Angebot, beim erforderlichen Neubau eines Schweinestalls mit der Universität Bingen am Standort Neumühle zusammenzuarbeiten und unsere Ausbildungsgänge daraufhin abzustimmen.
In diesem Kontext gilt es zu prüfen, ob in diesem und den anderen Aufgabenbereichen der Einrichtung ein Schwerpunkt der Weiterbildungsangebote in ökologischer Tierhaltung und im Erhalt und der Nutzung alter Haustierrassen Erfolg verspricht.

Wir unterstützen die bereits eingeleiteten Wege der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der Universität Bingen und landwirtschaftli-

chen Unternehmen und wir unterstützen eigenständige Forschungen im Aufgabenbereich.

Die Produktion gesunder Lebensmittel in regionalen Betrieben ist ein Kernstück nachhaltiger Entwicklung. Wir wollen auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher als Teil eines Zukunftskonzeptes darüber nachdenken wie LUFA, Neumühle oder Bolap eine solche Entwicklung nachhaltig unterstützen können.

7.) Gedenkarbeit und Demokratieförderung:

Die Koalitionspartner werden die engagierte Gedenkarbeit der letzten Jahre fortsetzen und weiterentwickeln. Wir tun dies auch auf der Grundlage der großen Tradition der Freiheits- und Demokratiebewegung an vielen Orten der Pfalz. Insbesondere das Hambacher Fest von 1832, die erste demokratische Massenbewegung auf deutschem Boden, ist für uns Handlungsverpflichtung.

Erinnerungsarbeit ist Demokratiebildung und muss regional weiterentwickelt werden. Die gesellschaftliche Wirklichkeit erfordert darüber hinaus die Entwicklung neuer Konzepte für die Förderung von Demokratie und wesentlicher Grundwerte für ein friedliches Zusammenleben der Menschen. Frieden und Völkerverständigung sind nicht selbstverständlich, sondern müssen immer wieder neu erarbeitet werden. Im Sinne einer solchen Demokratieförderung können unsere Einrichtungen wichtige Beiträge leisten. Ebenso unterstützen wir Kooperationen mit Akteuren der politischen Bildung und der Demokratiepädagogik. Dabei setzen wir darauf, dass junge Leute die Wirksamkeit ihrer Entscheidungen erfahren müssen, um engagiertes Bürgertum leben zu können und Politik als Gestaltungsmoment zu erfahren. Ferner wollen wir generationsübergreifende Formate entwickeln, die den Dialog innerhalb der Gesellschaft voranbringen.

Die bewährten Jugendgedenkfahrten werden auch in Zukunft angeboten. Weitere zielgruppenorientierte Angebote sind denkbar. Ferner wird der Bezirksverband stellvertretend für die Städte und Kreise in der Pfalz die Erinnerungsarbeit für den Erhalt des Deportiertenlagers Gurs weiter wahrnehmen.

8.) Pfalzwerke AG:

Wir begrüßen die Anstrengungen des Unternehmens die Nutzung erneuerbarer Energien voranzubringen. Wir streben in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen an, alle Einrichtungen des Bezirksverbandes mit Ladeeinrichtungen für E-Fahrzeuge auszustatten.
Bei der Pfalzwerke AG werden die Vertreter des Bezirksverbandes im Aufsichtsrat darauf achten, dass der Gesellschaftsanteil des Bezirksverbandes Pfalz einerseits eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erfährt, deren Höhe die Interessen und Notwendigkeiten des Bezirksverbandes Pfalz berücksichtigt, und andererseits die für die Zukunftsfähigkeit des Unternehmen notwendigen Investitionen und Gestaltungsschritte nicht gefährdet. Am mehrheitlichen Gesellschaftsanteil des Bezirksverbandes Pfalz wird festgehalten. Wir begrüßen die gute Zusammenarbeit mit der Innogy AG. Wir setzen uns aber dafür ein, dass auch der Gesellschaftsanteil des privaten Mitgesellschafters in der Hand eines energiewirtschaftlich denkenden Eigentümers bleibt oder in mehrheitlich öffentliche Strukturen überführt wird, sollte der Mitgesellschafter oder ein möglicher Rechtsnachfolger eine Veräußerung in Erwägung ziehen. Der Abschluss eines Konsortialvertrages mit dem derzeitigen privaten Mitgesellschafter Innogy AG sollte dies berücksichtigen.

9.) Grundlagen der Zusammenarbeit:

Die bisherigen Organe des Bezirksverbandes – Bezirkstag und Vorsitzender des Bezirkstags – haben sich für die Wahrnehmung der Entscheidungs- und Führungsfunktionen bewährt.
Die Koalitionspartner schlagen durch die die Koalition tragenden Fraktionen CDU, SPD und GRÜNE gemeinsam vor, Herrn Theo Wieder (CDU) zum Vorsitzenden des Bezirkstags, Herrn Dr. Klaus Weichel (SPD) zum 1. Stellvertreter sowie Frau Ruth Ratter (GRÜNE) zur 2. Stellvertreterin zu wählen. Diese Mitglieder des Bezirkstages verfügen über eine große Kompetenz und Erfahrung in der Bezirkstagsarbeit der letzten Jahre bzw. in der kommunalen Arbeit sowie in ihrem politischen Engagement.

Die Koalitionspartner halten an den für die Aufgabenwahrnehmung schon bisher gebildeten Ausschüssen mit den nachfolgend aufgeführten Modifikationen fest.

Notwendige große Bauvorhaben bei verschiedenen Einrichtungen (Historisches Museum der Pfalz, Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation, Pfalzakademie Lambrecht, Museum Pfalzgalerie u.a.), die energetische Sanierung zahlreicher Liegenschaften, die Fortentwicklung der Nutzung erneuerbarer Energien im gesamten Bezirksverband und die große Bedeutung von Fragen des Klimaschutzes für unsere Region legen es nahe, die damit zusammenhängenden Themen und Aufgaben in einem neuen Sachausschuss zu bündeln. Es wird deshalb ein neuer Ausschuss für Bauplanung, Energie und Klimaschutz gebildet.
Die Bauvergabe wird einheitlich dem Bezirksausschuss zugewiesen.
Der bisherige Gedenkbeirat wird zu einem Ausschuss für Gedenkarbeit und Demokratieförderung aufgewertet.
Der bisherige Schulausschuss wird aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften in einen Schulträgerausschuss auf der Grundlage des Schulgesetzes umgewandelt. Der bisherige Schulausschuss entfällt.
Die Zuständigkeit für die bisherige Pfalzakademie Lambrecht wird dem Bezirksausschuss zugewiesen.

Die Arbeit im Bezirkstag und seinen Ausschüssen wird konsequent auf die sog. digitale (papierlose) Ratsarbeit umgestellt.

Im Bezirkstag Pfalz und seinen Ausschüssen werden die Koalitionspartner nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Sachanträge bringen die Koalitionsfraktionen nach vorheriger Abstimmung grundsätzlich gemeinsam ein.

Es wird ein Koalitionsausschuss gebildet. Diesem gehören an der Bezirkstagsvorsitzende, der 1. stellvertretende Bezirkstagsvorsitzende, die 2. stellvertretende Bezirkstagsvorsitzende, die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen und die Vorsitzenden des CDU-Bezirks Rheinhessen-Pfalz, des SPD-Regionalverbandes Pfalz und des Landesver-

bandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dieser tagt auf Wunsch eines Koalitionspartners.

In diesem Sinne verpflichten wir uns zu einer engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Frankenthal, den 21. Juni 2019

Für den CDU-Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz:

(Christian Baldauf)

Für die CDU-Bezirkstagsfraktion:

(Theo Wieder)

Für den SPD-Regionalverband Pfalz:

(Alexander Schweitzer)

Für die SPD-Bezirkstagsfraktion:

(Günther Ramsauer)

Für den Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

(Josef Winkler)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bezirkstag Pfalz

(Irmgard Münch-Weinmann) (Felix Schmidt)